



**Gemeinderat Graz:
Damit Sie wissen, was im Rathaus vorgeht!**

Gemeinderatssitzung 12. April 2018



GRAZ
www.kpoe-graz.at

KPÖ informiert:

Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs Nr. 3 / 2018

Olympia: Stadt zahlt

Nur Volksbefragung kann finanzielles Abenteuer abwenden

1,5 Millionen zahlt die Stadt Graz schon jetzt für die Olympia-Bewerbung. Eine eigene Firma, die „Graz Winterspiele 2026 GmbH“ wurde ins Leben gerufen.

Hinzu kommen Kosten für den künftigen Geschäftsführer, der ab Mai 7.000 Euro monatlich verdient. Erhält Graz den Zuschlag für Olympia 2026, wird sein Gehalt voraussichtlich verdoppelt. Das hat der Gemeinderat in seiner April-Sitzung beschlossen.

„Eine so weitreichende Entscheidung darf nicht über die Köpfe der Grazerinnen und Grazer hinweg getroffen werden“, betonte KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber**. „Die Bürgerinnen und Bürger müssen in einer Volksbefragung darüber entscheiden dür-



fen.“ Doch der KPÖ-Antrag, vor finanziellen Abenteuern die GrazerInnen zu be-

fragen, wurde von ÖVP und FPÖ niedergestimmt.

Die KPÖ sammelt Unterschriften für eine Volksbefragung über Olympia 2026. 10.000 Unterschriften sind dafür notwendig. 6200 haben bereits für die Befragung unterschrieben. Helfen auch Sie mit, dass eine Volksbefragung durchgeführt werden muss, damit überfallsartige Entscheidungen einer kleinen Gruppe von Spitzenpolitikern der Vergangenheit angehören



KOMMENTAR

Bitte keine Ablenkungsmanöver!

Liebe Grazerin!
Lieber Grazer!

Mit Gondel-Projekten und U-Bahn-Plänen sorgt Bürgermeister Nagl regelmäßig für Schlagzeilen.

Das Aufzeigen von Zukunftsszenarien ist auch grundsätzlich in Ordnung. Doch Lösungen für den Alltag braucht es JETZT. Und da gibt es viel zu tun. Bei uns kommen täglich Wünsche nach Gehwegen, Beleuchtung, besseren Haltestellen usw. Die städtischen Abteilungen arbeiten unter Hochdruck und mit knappen personellen und finanziellen Ressourcen.

Zugleich treten in der Stadtplanung immer offensichtlichere Defizite zutage. Im Gefolge des starken Zuzugs hinkt die Infrastruktur vor allem an den Stadträndern immer mehr hinterher. Hier wäre Bürgermeister Nagl als Planungschef dringend gefordert.

Ablenkungsmanöver mit hochfliegenden und wenig aktuellen Zukunftsprojekten sind hier wenig hilfreich. Zurück zur Tagesordnung!

meint Ihre **STADTRÄTIN ELKE KAHR**
Rathaus, 2. Stock, Tür 236, Tel. 0316 / 872-20 60

**Kein Olympia in Graz
ohne Volksbefragung!**



KPÖ

**Unterschriftenlisten zum Download gibt es auf
www.kpoe-graz.at, bei der KPÖ-Graz, Volkshaus,
Lagergasse 98 a, 8020 Graz (Tel. 0316 71 24 79)
oder im KPÖ-Gemeinderatsklub, Rathaus-Hofgebäude,
Zi. 116 (0316 872 2151)**

SozialCard: Stadt spart bei den Falschen

Erstmalig musste von den SozialCard-Beziehern um den Heizkostenzuschuss von 65 Euro angesucht werden. Dadurch „sparte“ sich die Stadt 137.000 Euro.

Sozialstadtrat Kurt Hohensinner behauptete sogar, dass jene SozialCard-Bezieher, die nicht angesucht hätten, den Zuschuss nicht benötigen würden. „Das kann man nur als zynisch bezeichnen“, sagte KPÖ-Gemeinderätin **Elke Heinrichs**. Es gibt unterschied-



lichste Gründen, weshalb Berechtigte nicht angesucht haben, sei es aus Unwissenheit, sei es, weil sie etwas nicht verstehen oder aber auch aufgrund einer Behinderung. „Dass ein Sozialstadtrat sich rühmt, auf Kosten der Ärmsten Einsparungen erzielt zu haben, macht die soziale Kälte buchstäblich greifbar und ist ein Armutszeugnis für unsere Stadt Graz“, so die Gemeinderätin.

Hände weg von der AUVA!

Gegen die Pläne der Bundesregierung, die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt AUVA aufzulösen, machte sich KPÖ-Gemeinderat **Kurt Luttenberger** stark: „Während Arbeitgeber entlastet werden sollen, drohen Leistungskürzungen für die Versicherten sowie die Schließung von Un-



fallspitälern und Rehabilitationszentren“, so Luttenberger. Doch ÖVP, FPÖ und Neos stimmten im Gemeinderat gegen seinen Antrag, dass sich die Stadt Graz geschlossen dafür aussprechen soll, dass das bisherige Leistungsangebot der AUVA in vollem Umfang aufrechterhalten bleibt.

Ziel erreicht: Maturaballklassen entlastet

Jahrelang kämpfte KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** für die Abschaffung der Lustbarkeitsabgabe bei Maturabällen. Aber auch die Tatsache, dass karitative Einrichtungen bislang mit dieser Abgabe belegt



wurden, war der KPÖ ein Dorn im Auge. „Dass die Stadtregierung nun endlich ein Einsehen hat und die Lustbarkeitsabgabe abschafft, ist sehr erfreulich“, so der KPÖ-Gemeinderat, „auch wenn die Einsicht recht spät kommt.“

KOMMENTAR

Keine Politspielchen auf Kosten kranker Kinder!

Liebe Grazerin! Lieber Grazer!

Der Kinderärztliche Mobile Notdienst, kurz KiMoNo, ist mit 31. März eingestellt worden. Die Verhandlungen zwischen Ärztekammer, GKK und Gesundheitsfonds über die Höhe der Bezahlung der Ärzte sind ohne Ergebnis verlaufen.

Für viele Eltern ist das Aus von KiMoNo ein Schock. Schließlich hat KiMoNo die kostenlose Versorgung durch Kinderärzte und -ärztinnen auch an Wochenenden und Feiertagen gesichert.

Nun hat sich auch der Grazer Gemeinderat mit dem Thema beschäftigt. Doch statt mit den anderen Fraktionen an einem Strang zu ziehen und sich gemeinsam um eine Lösung zu bemühen, haben ÖVP und FPÖ aus Prinzip behauptet, das Thema wäre nicht dringlich.

Mit einem solch ernstem Thema sollte man keine politischen Spielchen treiben!

Denn die Grazer Eltern und Kinder brauchen eine Alternative zu den stundenlangen Wartezeiten auf der Ambulanz. Wir werden aber nicht lockerlassen und uns für den Fortbestand von KiMoNo einsetzen.

meint Ihr **STADTRAT ROBERT KROTZER**



Mehr Fahrerinnen für die Holding

Es gibt zu wenig Fahrpersonal bei der Holding Graz, darüber wurde mehrfach berichtet. „Diese Unterbesetzung hat negative Folgen für die Einzelnen, wie Engpässe bei Dienstplänen, ein erhöhtes Stresslevel, mehr



Krankenstände und Urlaube, die nicht konsumiert werden können.“, so KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer**. Stadtrat Günter Riegler bestreitet allerdings, dass die Situation so dramatisch ist.

Günstiger in Grazer Bäder

Im Mai beginnt in den Freibädern die Badesaison. „Wie jedes Jahr ist auch heuer wieder mit Preiserhöhungen der Holding Graz zu rechnen“, befürchtet KPÖ Gemeinderat **Christian Sikora** weitere Belastungen für badehungrige



Grazerinnen und Grazer. Mit seinem Antrag setzte er sich im Gemeinderat für eine Senkung der hohen Kosten für Saisonkarten in Grazer Bädern und die Entwicklung flexibler Angebote, wie z. B. Monatskarten oder Zehnerblöcke, ein.

Postfilialen erhalten!

Nachdem die BAWAG die Kooperation mit der Post gekündigt hat, muss sich diese bis Ende 2019 nach neuen Geschäftslokalen umsehen. Österreichweit betrifft das laut Post 74 Filialen, fünf davon in Graz. KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** spricht sich deutlich gegen weitere Schließungen aus: „Die Postversorgung in ei-

ner Großstadt muss unbedingt gewährleistet sein. Lange Wegzeiten sind für ältere Leute oder Menschen mit Behinderung nicht zumutbar.“ Sikora macht sich für eine durchdachte Lösung stark: Es soll Gespräche mit den Verantwortlichen der Post und der Stadt Graz geben, in die auch der Bezirksrat eingebunden wird.

Mehr Geld für Vereine

Vereine leisten in Graz großartige Arbeit und bereichern mit ihren Angeboten unsere Stadt. Viele der Vereine sind auf Subventionen angewiesen, um ihr Angebot zu erhalten. 2018 wurde bei der Vereinsarbeit der Rotstift angesetzt und die Unterstützung der Stadt um 5 Prozent gekürzt.



KPÖ-Gemeinderätin **Sahar Mohsenzada** forderte Finanzstadtrat Riegler auf, den vor kurzem von Schwarz-Blau bekanntgegebenen Budgetüberschuss 2017 zum Anlass zu nehmen, um diese 5-Prozent-Sperre für das Jahr 2018 rückgängig zu machen.

Weitere Initiativen der KPÖ im GRAZER Gemeinderat (12.4.2018)

- Leistbare Kinderbetreuung bei den Geriatrischen Gesundheitszentren – Elke Heinrichs
- Spielgeräte für Menschen mit Behinderung – Christian Sikora